

übergang vollzog, und zu der mit dem reuwarden- den Ufer in wachsender Stärke immer weitere Verbände stoßen können. Am 23. November, dem Tag des Ufersturmes, lag dichtgeballter Neel auf den gelben Fluten des Stromes. Der Angriff erfolgte, um den Feind zu töd- lichen, gleichzeitig an mehreren Stellen der Do- nau. Die Demonstrationen beschränkten sich je- doch nicht auf eine Artillerieanovade; es wur- den die feindlichen Ufer erkämpft.

So lies der Feind zunächst in Ungewiß- leit, wo der Vorstoß beabsichtigt war, wovon er Verstärkungen zu senden hatte. Nachdem ihm das rasche Uebersehen und Vorwärts- dringen der Truppen des Generalfeldmarschalls v. Mackensen wohl unterdeuten die Augen ge- öffnet hat, ist der Brückenschlag bei Svistov sein Geheimnis mehr. Die Ueberbrückung ist völ- lig geblieben. Das Unternehmen war so un- möglich vorbereitet, daß die deutschen und bul- garischen Regimenter fast ohne Verluste das ru- mänische Ufer erreichten und in wenigen Stun- den die stark ausgebauten feindlichen Stellungen in ihrem Besitz hatten. Es wurde zunächst in im voraus befohlenen Linien am ersten Tage ein engerer, am zweiten Tag ein weiter- er Brückenschlag ausgebaut und hinter deren Schutz die rasche Ueberbrückung des Gegners dazu benützt, Früchten einzurichten Brücken zu schlagen, die rückwärtigen Verbindungen zu sichern, mit ihrer Hilfe eiligt die gesamten Offensivkräfte auf das andere Ufer zu schaffen und deren Nachschubbedarf nachzuziehen.

Nachdem in zweitägiger hiesiger Arbeit der Aufmarsch in dem jenseitigen Brücken- kopf beendet die Operationsbasis gegen die stärksten feindlichen Gegenmaßnahmen gesichert war, die Donau für den Nachschub keinerlei Gefahr und Hindernis mehr bildete, begann der Vormarsch. Alles entwickelte sich auf Grund der geleisteten Vorarbeit genau und spielend nach den ergangenen Befehlen. Der Nachschub- dienst brauchte nur eingespart zu werden.

Die Vorbereitung und Durchführung die- ses Donauüberganges wird in der Kriegsgeschichte als ein meisterliches Vorbild weiterle- ten. An sechs Stellen ist nunmehr die Donau in diesem Kriege unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Mackensen erfolgreich überbrückt worden. Es standen diesmal aber nicht nur deutsche Truppen, sondern gemischte Verbände zur Verfügung. Und gegenüber be- stand sich ein mit dem Feind verbündeter starker Rußland verbündeter Gegner.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Nach einem Telegramm der „Rölnischen Zeitung“ hatte der Vertreter des „Newport American“, Dr. William Hale, am Dienstag eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Der amerikanische Journalist machte darauf aufmerk- sam, daß die Rede des Reichskanzlers am 9. November in der Berührung der Präsidentenwahl dem amerikanischen Volke nicht genügend zur Kenntnis gelangt sei und er belonte mit Entschiedenheit, daß seine Landbesuche in den Ausstellungen des Kanzlers über eine internationale Vereinbarung zur Sicherung des Friedens ein ganz besonders hervorragendes Interesse hätten. Der Kanzler zitierte darauf die Er- klärungen, welche die verantwortlichen Staats- männer von drei Großstaaten zur Frage der künftigen Friedenssicherung abgegeben, nämlich die schon bekannten Stellen aus seiner Rede vom 9. November, die Ansprachen Aquittis und des Präsidenten Wilson. Der Kanzler bemerkte dazu: Ich möchte wissen, ob irgend jemand, der die Reden nicht kennt, sagen kann, von welchem Staatsmann die Ausführungen stammen. Was die Kommentare der englischen Presse zur letzten Kanzlerrede betrifft, so meinte Herr von Beth- mann-Hollweg, es scheine, als ob diese Presse dem Auftrag erhalten habe, seine Worte über die Vereinfachung Deutschlands, sich einer Friedensver- einbarung anzuschließen, offensichtlich falsch zu deuten, als ob sich hinter diesen Worten irgend- welche verwerfliche politische Absicht verberge. Der Kanzler betonte, daß seine Worte nichts anderes bedeuteten, als die aufrichtige Bereit- schaft Deutschlands, an der Sicherung des Welt- friedens mitzuarbeiten. Die Unterredung wandte sich darauf dem neuen Hilfsdienstgesetz zu. Der Kanzler sagte: Ich glaube, nie zuvor ist eine Mobilmachung nationaler Energie in diesem ge- waltigen Maßstabe erfolgt. Das deutsche Volk ist absolut entschlossen, diesen Krieg zu Ende zu führen, und in diesem Entschlusse ruhen wir die ganze Kraft eines einigen Volkes auf. Doch dieser Entschlus, so gewaltig in seinem Umfange und sicher in seinem Ergebnis er ist, bedeutet in keiner Weise eine Zurücknahme meiner Worte vom 9. November oder eine Veränderung der Anschauung, die ich seit über einem Jahre im Namen der deutschen Regierung und des deut- schen Volkes ausgesprochen habe. Wieder und wieder haben wir uns bereit erklärt, in Friedens- verhandlungen einzutreten. Unsere Aeußerungen haben niemals einen Widerspruch gefunden. An manchen Stellen sind sie sogar als Aeußerungen der Schwäche und Furcht gedeutet worden. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres beweisen zur Genüge, daß wir damals nicht aus Schrecken oder Furcht sprachen, als wir zum ersten Male die Friedensbereitschaft Deutschlands hervor- hoben. Die Ereignisse des kommenden Jahres werden zeigen, daß, wenn wir an unserer Be- reitschaft, eine Velleugung des Stretkes zu sichern, festhalten, wir lediglich dem Gebot der Mensch- lichkeit folgen, nicht aber der Furcht. Ich spreche ohne jede Befürchtung hinsichtlich des Ausgangs des Kampfes, wie lange er auch noch dauern möge, aber in dem ersten Bewußtsein der

Heiligkeit des Lebens, das uns von einer höheren Macht geschenkt wurde, und das nicht leicht- lich zerbröckeln darf. Der Kanzler schloß: Wenn unsere Feinde nicht einsichtig sind, und ihre hoffnungslosen Anstrengungen fortsetzen wollen, so können wir nur fortfahren, sie den schweren Preis ihrer Torheit zahlen zu lassen. Die deutsche Seele ist entschlossen und nicht niederzudrücken. Gegen unsere festen, weithin gezogenen Linien stürmen die Wellen der An- greifer vergebens. An keiner Stelle der Front brauchen wir irgendwelche Besorgnisse zu hegen. Morgen beginnen wir eine Verteidigungsmaß- regel von überwältigender Größe. Indessen, während das deutsche Volk mit unerschütter- ter Entschlossenheit den Kampf weiterführt, so lange er nötig ist, um die Sicherung unserer nationalen Bestimmungen zu erreichen, war und ist es stets unser Wunsch, die Beilegung des Friedens sobald wieder aufzunehmen, als es möglich ist.

Die griechischen Wirren.

Die Absehung der griechischen Dynastie nur noch eine Frage der Zeit?

Die „Frkf. Ztg.“ erfährt aus Konstantinopel: Nach Meldungen aus Saloniki haben die eng- lischen und russischen Gesandten ihren Sitz von Athen nach Saloniki verlegt, weil sich der Kreis um das Königspar mehr und mehr zusammen- ziele und die Absehung der Dynastie sowie die Proklamation Griechenlands zur Republik nur eine Frage der Zeit sei. Der russische und der englische Hof, die die intimsten Familienbeziehun- gen mit Athen verbinden, wollten ihre Vertreter nicht Zeugen dieser Metamorphose sein lassen. Frankreich ist nicht durch solche und ähnliche Kläu- sungen bedrückt. Ausdrücklich bringt Frankreich damit seinen Plan zur Durchführung. Deshalb verbleibt der französische Diplomat in Athen.

Kritik der griechischen Regierung?

Die „Times“ meldet aus Athen: Da die Unterredung des Admirals Jounet mit König Konstantin zu keinem Ergebnis geführt hat, will die griechische Regierung zurücktreten, wenn der Monarch sich fernerehin weigert, die Waffen abzu- geben.

Der deutsche Protest wegen Wegführung der Gesandten aus Athen.

Wie aus Washington gemeldet wird, über- reichte der deutsche Botschafter Graf Bernstorff dem Staatssekretär Lansing den Protest gegen die Wegführung der Gesandten der Mittelmächte aus Athen. Lansing übermittelte den Protest der englischen Regierung.

Die Athener Gesandten in Sofia.

Die Gesandten Bulgariens, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in Athen sind am Mittwoch in Sofia angekommen, von wo die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands mit ihrem Personal ihre Reise nach Wien und Berlin fort- setzen werden.

König Friedrich August Eintreffen in Wien.

König Friedrich August traf Mittwochabend 6 Uhr 43 Min. in Wien ein. Auf dem Bahn- hof hatten sich zum Empfang u. a. eingefunden der sächsische Gesandte v. Postel-Wallwitz, sowie der Feldzeugmeister v. Schleier, der ihm ausge- teilt ist. In Vertretung des Kaisers Karl wurde der König vom Bruder des Kaisers, Erzherzog Morz, am Bahnhof begrüßt. Der König fuhr mit dem Erzherzog in die Hofburg.

Verteilung Nachfolger im Reichstage.

Bei der Reichstagswahlwahl für den verstor- benen Reichstagsabgeordneten Dietel im Reichs- tagswahlkreis West-Plamslau ist der konservative Kandidat, Landtagsabgeordneter Rittergutsbesitzer aus dem Winkel bei Logau (Kreis Lauban) gewählt worden.

Oesterreich bittet um Einstellung des Hilfswerks für Nordserbien.

Oesterreich-Ungarn hat das amerikanische Komitee Kreuz gebeten, das Hilfswerk in Belgrad und anderen Teilen Nordserbiens einzustellen, sobald die jetzt vorhandenen Bestände verteilt sind. Die Gründe dafür werden nicht angegeben.

Wochenlange Geheimhaltungen der französischen Kammer.

Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die französische Kammer voraussichtlich wochenlang Geheimhaltungen abhalten wird, da 70 Interpellationen vorliegen. Die ganze Session wird hinter verschlossenen Türen stattfinden, mit Ausnahme von einer Sitzung in der Woche, die der Geneh- migung der Gesetze vorbehalten bleibt.

Englands riesige Kriegskosten.

Im Kammerauschuß zu Westminster erklärte der Finanzminister Mac Kenna, das diesjährige Staatsbudget werde ein riesiges Aordbudget darstellen und höchstwahrscheinlich 2100 Millionen Pfund Sterling, gleich 42 Milliarden Mark, dar- stellen. Er habe nur auf ein Budget von 1800 Millionen Pfund gerechnet, aber die Kriegsaus- gaben seien derart im Wachstum begriffen, daß die Riesensumme von 2100 Millionen Pfund erreicht werde. Die ordentlichen Staatsausgaben beträ- gen 500 Millionen Pfund, so daß 1600 Millionen Pfund, gleich 32 Milliarden Mark, auf Kriegs- ausgaben für ein einziges Jahr entfielen.

Ein türkisch-amerikanischer Streitfall.

Neuer Bericht aus Washington: Der ame- rikanische Botschafter in Konstantinopel teilt dem Staatsdepartement mit, die Türkei könne aus militärischen Gründen nicht gestatten, daß einige hundert gebürtige und naturalisierte Amerikaner die Türkei über Jaffa verlassen, wozu früher be- reits die Erlaubnis erteilt worden war. Von der Türkei wird dabei geltend gemacht, daß der Beamte, der das Abkommen abschloß, dazu nicht autorisiert war. In den beteiligten Staaten ist man darüber sehr erregt.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Mittwoch-Sitzung.)

Abg. Vogtherr (soz. A.) fortfahrend: Die Regierung machte uns im Laufe des Krieges Versprechungen, ohne sie zu halten. (Präsident Dr. Kämpf rügt diese Aeußerung.) Ich meine die Forderung, daß auf die nötigsten Lebensmitel dem Volke Steuern nicht zugemu- tet werden sollen. Das vorliegende Gesetz macht alle Freizügigkeit illusorisch, es ist eine Entziehung der Arbeiter. Wir fordern Auf- hebung des Belagerungszustandes. Man muß dem Volke zu sich der Elaverei zu unterwer- fen. Die Arbeiter lassen sich auch durch patrio- tische Draperien nicht täuschen. (Präsident Dr. Kämpf rügt diesen Ausdruck.) Wenn der Feind im Lande wäre, könnte er nicht anders mit den Frauen und Kindern umspringen. (Große Unruhe bei der Mehrheit, Präsident, der Prä- sident ruf den Redner zur Ordnung, ebenso der Abg. Grafen Westarp, der dem Redner „Freiheit“ zugerufen hatte.) Man richtet sich durch dieses Gesetz auf eine lange Kriegsdauer ein. Das beklagen wir am meisten. Wenn der Reichskanzler den Gedanken an Sieg aufheben würde, würde England zu Friedensverhandlun- gen bereit sein. (Große Unruhe bei den bür- gerlichen Parteien.) Wir wollen den Frieden ohne offene und verdeckte Annektionen. Das Volk will Brot, Freiheit, Frieden. (Lauter Ruf: „und Sieg!“)

Staatssekretär Helfferich: Eine Ant- wort auf die Rede kann ich mir verzeihen. Der Fall, in dem ein höherer Eisenbahnbeam- ter seinen Arbeiter mit dem Schutze gegen ge- droht haben soll, besteht nur in der Phanta- sie. Der Name des Beamten wurde bisher nicht genannt. Abg. Vogtherr meint, der Bundesrat habe ruhig dem Schutze zustimmen können, da er als Ersatz den Schütze- grafen la'e. Es ist mir nicht möglich, die- sen Vorwurf einer Niedrigkeit der Senierung gegen die Regierung in parlamentarischer Form zurückzuweisen. Ich verzichte darauf, das Ver- bild, das Vogtherr von diesem Gesetz entwarf, richtigzustellen. Er will aber nicht den Sieg, sondern das Gezeulit davon. (Sehr richtig! Große Unruhe.) Er ist die einzige Trie- densmöglichkeit in der Niederlage Deutsch- lands. (Lebhafter Zustimmung.) Weil das deutsche Volk nicht besiegt werden will, ist es mit dem Gesetz einverstanden. (Lebhafter Bei- fall.)

Abg. Vogtherr: Wir wollen nicht das Gegenteil vom Siege. Es gibt noch ein drit- tes Ding, eine vernünftige Verständigung der Völker; das liegt aber außerhalb des militä- rischen Horizonts des Staatssekretärs.

Abg. Westarp (soz.): Das die äußerste Linke nicht den Sieg will, geht aus der Ver- weigerung der Kredite hervor.

Abg. Saale (soz. A.): Wir verweigern die Kredite, weil wir die Kriegspolitik ablehnen.

Damit schließt gegen 10 Uhr die erste Beratung.

77. Sitzung vom 30. November.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 22 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes. Nach § 1 umfasst die Hilfsdienstpflicht alle nicht zum Weeresdienst einberufenen männlichen Deut- schen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre.

Abg. Bauer (soz.): Wir behalen uns die endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor.

Abg. Gottlieb (f. Vp.) Um das Zu- standekommen des Vereinsarten zu sichern, in- sen wir auf weitergehende Wünsche verzichten.

Generalleutnant Gröner: Die Lan- verträge werden innegehalten werden. Zur Frage der Weamerten habe ich zu erklären, daß die zu vaterländischen Hilfsdienst Be- stimmungen nicht endgültig vom Weeresrat aus- zuseiden. Ueberfällig oder erlebbar werdende Personen müssen wieder eingezogen werden können. Dies Recht muß der Militärverwaltung un- veräußerlich bleiben.

Abg. Strehe mann (nat.): Eine brutale Stillegung des Wirtschaftslebens darf nicht eintreten, schon im Interesse von Deutsch- lands Valuta.

Abg. Freiherr von Gamp (d. F.): Die Möglichkeit, die Frauen zum Hilfsdienst heranzuziehen, muß dem Kriegsamt überlassen werden. Wir brauchen zuerst Facharbeiter; dazu kommen Frauen nicht in Frage. Auch beim Militär gibt es Kräfteverwendung, die be- seitigt werden muß. Die Jugendlichen sollten ebenfalls zum Hilfsdienst herangezogen werden.

Abg. Dittmann (soz. A.): Wir wollen den schimmsten Wirkungen des vaterländischen Gesetzes durch unsere Anträge abhelfen. Der Arbeitsmangel sollte höchstens bis zum 15. Lebensjahre reichen wie bei der Wehplicht. Frauen in das Gesetz einzubeziehen, wäre eine Verfündigung am eigenen Geschlecht.

Abg. Giesberts (Zr.): Jede Schä- digung der Arbeiter muß ausgeschlossen sein. Die Parteien des Gesetzes müssen gemildert werden.

Abg. Schiffer (nat.): Die Hauptsache bei dem Gesetz bleibt keine Ausführung. Bei der Beschaffung der Ausschiffe ist größte Sorg- falt erforderlich. Kein Stand darf bevorzugt oder benachteiligt werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die veränderten Regierungen sind bereit, die Konsequenzen zu ziehen welche in bezug auf den Eingriff in die persönliche Freiheit bei der Ueberweisung zur Arbeit und Ermächtigung des Arbeitswechsels entstehen können. Zite diese

Fälle sind die Beschwebeinstanzen vorgelesen. Eine Beschwebung des Dienstpflichtigen von 60 auf 45 Jahre können wir nicht annehmen. Eine besondere Entschädigung eines be'er be- zogenen Hilfsdienstpflichtigen würden die Sol- daten im Schutze nicht verstehen, die nur ihre Wehpung erhalten. Die Gewinne der Munitionsfabriken sind nicht zu hoch.

Generalleutnant Gröner: In den Ve- rtrif, behördliche Einrichtungen fallen auch die kommunalen Einrichtungen für Ernährungs- zwecke, die Schulen und die Stellen, welche das Volk versorgen mit materiellen und geist- lichen Dingen, also auch die Presse und die Rechtsanwält. Studenten der technischen Hoch- schulen werden uns besonders angenehm sein. Wir verändern darüber, inwieweit diese Tä- tigkeit auf das Studium angerechnet werden kann.

Darauf wird § 1 unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Fassung des Entwurfs- schusses gegen die Stimmen der sozialdemo- kratischen Gemeinshaft angenommen. (Bevo.)

§ 2 bezeichnet die Personen, die als in- aerkändliche Hilfsdienst tigt gelten. Abg. Giesberts (Zr.): In diese Be- stimmungen müssen die Arbeiter-Organisationen einbezogen werden.

Abg. Bauer (soz.): Einbezogen wer- den müssen die Krankenkassen, Krankenversiche- rungs-Organisationen der Arbeiter und Arbeit- nehmer und die Arbeitersekretäre.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Diese Organe sind für unsere Arbeitskraft von größter Bedeutung; auf sie wird alle Mü- he genommen werden.

Abg. Wasser mann (nat.): Auch das echnische Personal der Presse, die Verliche- rungs-gesellschaften und Banken müssen herid- tigt werden. Die Wünsche der Privat- angehörigen müssen erfüllt werden. Die Stu- denten werden sich gern für den vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung stellen.

Generalleutnant Gröner: Die Studen- ten werden uns willkommen sein.

Abg. Schiele (anf.): Die Landwirt- schaft verlor das Volk mit Nahrungsmitteln, ie muß also in erster Linie berücksichtigt wer- den. Wenn sie verlor, dann hört die Muni- tionsfabrikation auf.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die S. Kaffabrikation wird nach Möglichkeit ge- fördert werden, damit die Düngeartikel der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können.

Abg. Stadthagen (soz. A.): Die zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogenen Bür- ger nicht dem Kriegsgesetz unterliegen, son- dern müssen den Bestimmungen des bürgerli- chen Gesetzbuches unterstellt sein.

Abg. Jeger (f. Vp.): Die Tätigkeit der Landfrauen in den größeren wie kleineren Kriegsgeschäften aller Art.

Abg. Würm (soz. A.): Die Macht des Kapitals wird durch das Gesetz unendlich ge- steigert. Resolutionen gleichen Nahrungserläs- mitteln. Wir müssen daher eine Schutzwehr gegen Ausbeutung in dem Gesetz selbst auf- richten.

Abg. Kuntze (soz. A.): Die Frauen- arbeit darf nicht zur Lohnriderei ausgenutzt werden.

Abg. Bauer (soz.): Für die Frauen muß jeder Schutz geschaffen werden. Wenn der Friedensschluß noch nicht da ist, liegt das nicht an Deutschland, sondern an England. Wenn wir unsere Wünsche nicht in das Gesetz einbringen können, bleibt uns nur die Re- volution.

Abg. Henke (soz. A.): Wir machen böse Vraungen mit der Willkür der Behörden. Wir wollen keinen Zwang. Wir verlangen Rechtsgarantien für die Arbeiter. Das Gesetz macht aus Deutschland eine einzige große Ka- rne, dagegen wollen wir unsere Arbeiter schützen.

(Um 1/2 12 Uhr nachts dauert die Sitzung noch an.)

Städtische Sparkasse

Hohenstein-Grüßthal.

Bekehr im Monat November 1916.

701 Einzahlungen in Höhe von 150878 „ 36 „

902 Rückzahlungen in Höhe von 115868 „ 71 „

Mehr-Einzahlungen 35009 „ 65 „

Das Einlagen-Guthaben betrug

Ende Oktober 10496196 „ 25 „

Ende November 10531205 „ 90 „

Der Gesamt-Umsatz betrug 580740 „ 02 „

Eröffnet wurden 69 und erloschen sind 49 Konten.

Der Referenzfonds beträgt 729475 „ 80 „

Einlagen-Zinsfuß 3 1/2 %

Sparungen gegen Kontrollmarken.

Gemeinde-Giro-Verkehr.

Postcheckkonto Verpzig Nr. 14 328.

Geschäftszeit: vorm. 8—12 u. nachm. 2—4 Uhr,

vor Sonn- und Festtagen ununterbrochen von 8—2 Uhr.

Geschäftszimmer: im Stadthause am Neumarkt.

Vertliches und Sächsisches.

*—Die Weihnachtzeit! Die Adventszeit ist da, die fröhliche, selige. Weih- nachtszeit, die in den vier Spantagen, auf deren letzten gerade der Christabend fällt, den Höhepunkt ihrer Vorarbeiten erreicht. Weih- nachtslich soll auch jetzt wieder die Stimmung in allen deutschen Familien sein, das hoffen und wünschen wir. Nicht, daß die Weihnachts- tage den Gedanken an den Weltkrieg und seine Opfer auslösen sollen, im Gegenteil, sie sol- len die Opferwilligkeit und Geseufdigkeit bei allen denen vertiefen, die dahelien haben. Wei-